



Landeshauptmann  
**DR. ERWIN PRÖLL**

ST. PÖLTEN, AM 14. März 2001  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1  
TELEFON 02742/9005/12001  
TELEFAX 02742/9005/15480

LH-0203/162

Herrn  
Präsidenten des NÖ Landtages  
Mag. Edmund Freibauer

**Landtag von Niederösterreich**  
Landtagsdirektion

Eing.: 19.03.2001

zu Ltg.-**603/A-4/109-**  
**2001**

Sehr geehrter Herr Präsident!  
Lieber Freund!

Zur Anfrage des Abgeordneten Gebert, Ltg. 603/A-4/109, teile ich folgendes mit:

In Umsetzung der in der Begründung der Anfrage zitierten Landtagsbeschlüsse wurde folgende Studien in Auftrag gegeben:

- Studie zur Beurteilung der organisatorischen und wirtschaftlichen Effizienz des Verkehrsangebotes der Verkehrsverbände in Niederösterreich.
- Studie zu einer gemeinsamen Tarifreform der Verkehrsverbände in der Ostregion.

Der Bund als 50%-Eigentümer in der VOR GmbH wollte die aus den Studien resultierenden Verpflichtungen nicht als Modell für ganz Österreich akzeptieren. Die fehlenden gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs in Österreich verhinderten daher Fortschritte im Sinne des Landes NÖ.

Parallel zu den Bestrebungen des Landes NÖ wurden seitens des Verkehrsministeriums erste Entwürfe des nunmehr mit 1. Jänner 2000 in Kraft getretenen „Bundesgesetzes zur Organisation des Öffentlichen Personennah- und –regionalverkehrs (ÖPNRV-G 1999)“

vorgestellt. In diesem Bundesgesetz sind nunmehr klare Vorgaben zur Gestaltung eines Verkehrsverbundes enthalten.

Im Rahmen der Studie zu einer gemeinsamen Tarifreform der Verkehrsverbände in der Ostregion gingen die Betrachtungen der Gutachter dabei von einer Ausdehnung des VOR über die gesamte Ostregion und auch von einer Ausdehnung der Regionalen Verkehrsverbände (VVNB) über die gesamte Ostregion aus. Auf Basis dieser Studie wurden Vorschläge ausgearbeitet, die auf bewährte Grundsätze der bestehenden Tarife aufbauen. Der Endbericht zur Studie „Tarifmodelle“ wird für das Frühjahr 2001 erwartet.

Da der Bund auf Basis der Regelungen im ÖPNRV-G als 50%-Gesellschafter der VOR GmbH ausscheiden will, ist eine Umgestaltung der Gesellschaft notwendig. Die ersten Gespräche erfolgten Ende Jänner 2001, Ergebnisse sind noch ausständig.

Neben dieser externen Betreuung zur Strukturreform sind derzeit Gespräche zwischen Wien, Burgenland und NÖ über die mögliche gemeinsame Weiterentwicklung der Verkehrsverbände im Gange. Die Intention der Resolutionen des NÖ Landtages in Form der Gestaltung eines Verkehrsverbundes für die gesamte Ostregion sind dabei durch die betroffenen Gebietskörperschaften voll inhaltlich übernommen worden.

Da laut ÖPNRV-G die Erlösverantwortung daher zukünftig bei den Verkehrsunternehmen liegen wird, muss das neue Tarifsysteem den Unternehmen das wirtschaftliche Überleben ermöglichen. Die Zielsetzungen für ein neues Tarifsysteem müssen auch darauf abzielen, dass der Wiener Kernzonentarif (in der Tarifhoheit der Wiener Linien WVB) ohne Komfortverlust für die Fahrgäste in Addition zum regionalen Tarif (in der Tarifhoheit der Verbundunternehmen) ausgegeben werden kann.

Ein Start des neuen Verkehrsverbundes ist in Abhängigkeit von der Einigung mit den Verkehrsunternehmen zur Neugestaltung der Verbundverträge und mit dem Bund zur Neufassung der Finanzierungsverträge sofort nach Vertragsabschluß möglich.

Mit besten Grüßen